



Ist die Globalisierung am Ende?

Trump droht Ländern, die im Handel mit den USA Überschüsse erzielen, mit Strafzöllen. Das könnte auch die Schweiz treffen, so Wirtschaftsprofessor David Dorn. **Interview: Daniel Hug**

David Dorn



Seit 2014 ist David Dorn Professor für Internationalen Handel und Arbeitsmärkte an der Universität Zürich und am UBS Center for Economics. Zuvor war Dorn, geboren 1979, Assistenzprofessor in Madrid und Gastprofessor an der Harvard University (USA). Vor den Wahlen hat er immer wieder darauf hingewiesen, dass Donald Trump unterschätzt werde. (dah.)

NZZ am Sonntag: Donald Trump, künftiger US-Präsident, will die Importe aus China und Mexiko mit einer Strafsteuer belegen und Handelsabkommen kappen oder umgestalten. Im Juni haben sich zudem die Briten mit dem Brexit von Europa abgekoppelt. Ist die Globalisierung, wie wir sie bisher kannten, am Ende?

David Dorn: Im amerikanischen Wahl-

kampf haben Trump, aber auch Bernie Sanders und Hillary Clinton betont, dass sie keine weiteren Handelsabkommen wollen - auch nicht den bereits mit den asiatischen und pazifischen Staaten ausgehandelten Vertrag. In absehbarer Zeit wird es keine weiteren Abkommen geben. Die grosse Frage ist, ob nun bestehende Verträge sistiert werden, ob neue Zölle erhoben werden.

Ist es denkbar, dass eine Regierung Trump mexikanische oder chinesische Importe mit einer Strafsteuer von 35% bis 45% belegt?

Ja, das ist grundsätzlich möglich, die Regierung hat relativ weitreichende Kompetenzen, um Strafzölle zu erheben.

Würde das nicht vor allem die wenig Verdienenden treffen, da sich die Importe verteuern?

Konsumenten müssten mehr Geld für Importgüter aufwenden, aber auch US-Firmen wären betroffen, die für ihre Produktion auf Halbfabrikate aus Mexiko oder China angewiesen sind. Schwieriger würde es für Hersteller, die Güter aus den USA nach China oder Mexiko exportieren - und mögliche Gegenmassnahmen dieser Handelspartner zu spüren bekämen. Das Ziel höherer Zölle wäre, der einheimischen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Es ist fraglich, ob das gelingen wird. Damit der Industriesektor in den USA erneut aufblüht, sind grosse Investitionen nötig. Sie werden nur erfolgen, wenn die Betriebe sicher sein können, dass der Zollschutz für ihre Güter dauerhaft bleibt.

Was ist schiefgelaufen bei der Globalisierung? Man hat Handelsbarrieren und Zölle abgebaut, Waren, Kapital und Arbeitskräfte frei zirkulieren lassen. Amerikaner und Briten weigern sich, weiter in der Richtung zu gehen.

Die Bestrebungen zu mehr Freihandel waren immer getrieben vom Verständnis, dass Handel der Wirtschaft insgesamt nützt. Diese grundlegende Ansicht wird auch weiterhin von den allermeisten Ökonomen geteilt. In der Forschung wie in der Politik ist jedoch lange Zeit unterschätzt worden, dass sich in bestimmten Regionen und Bevölkerungsgruppen eine starke Konzentration von Verlierern der Globalisierung gebildet hat.

Im Rostgürtel der USA, in Michigan, Wisconsin, Ohio und Indiana, sind die Einkommen der Mittelklasse seit 2000 um 8 bis 13% gesunken. All diese Staaten wählten republikanisch. Hat das Hillary Clinton den Sieg gekostet?

Angesichts des knappen Wahlausgangs war jeder Faktor, der Trump geholfen hat, potenziell entscheidend. Clinton hat insgesamt mehr Stimmen als Trump gemacht. Ausschlaggebend war jedoch, dass sie in den industriell geprägten Staaten gegen Trump verloren hat - wenn auch oftmals nur knapp.

Dabei hatten diese Staaten einst eine starke Gewerkschaftsbewegung.

Mit dem Rückgang der Industriejobs und der Gewerkschaftsmitgliedschaft ist die einst zuverlässige demokratische Wählerbasis erodiert. Viele dieser Wähler sehen das Ziel nicht mehr in stärkerer Umverteilung und Sozialsystemen, sondern glauben dem Versprechen, dass man durch Handels- und

Immigrationsbeschränkungen zum früheren Zustand der Wirtschaft zurückkehren kann.

Ist das nicht eine gefährliche Illusion? Der Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht und harte Konkurrenz lässt sich kaum zurückdrehen.

China hat sich nach einer langen Phase der Abschottung ab den 1980er/1990er Jahren wieder an die Weltwirtschaft angedockt. Das gigantische Land mit über 1 Mrd. Einwohnern hat rasch sein gewaltiges Produktionspotenzial entfaltet, auf den Weltmärkten hat sich eine ganz neue Konkurrenzsituation eingestellt. Dieser Aufstieg Chinas - und nicht der Abschluss eines Freihandelsvertra-

ges - hatte bedeutende Folgen für die Weltwirtschaft. Diese Entwicklung kann nicht einfach rückgängig gemacht werden.

Trump sagt: «Das Geld, das die Chinesen aus den USA holten, ist der grösste Diebstahl in der Geschichte unseres Landes.» Dan DiMicco, sein Vertrauter in Handelsfragen, klagt: «Nirgends tritt betrügerisches Verhalten im Handel ungezügelter und destruktiver auf als im Fall von China. Es hat Patente gestohlen und uns im Handel betrogen.» Wie ist das zu werten?

Länder schliessen Handelsverträge ab, um darin gewisse grundlegende Spielregeln zu definieren. Falls diese verletzt werden, können sie bei Schiedsgerichten eingeklagt werden. Trumps Rhetorik lenkt davon ab, dass die stark wachsenden chinesischen

Exporte vor allem auf Chinas Entwicklung beruhen. Das Land ist vom kommunistisch planwirtschaftlichen System zu einer Marktwirtschaft übergegangen, in der effizient und zu niedrigen Kosten produziert wird. China stellt Produkte her, die in der übrigen Welt auf grossen Absatz stossen.

... weil sie konkurrenzfähig sind.

Die USA und Grossbritannien sind zwei Länder, die viel mehr Güter aus China importieren als exportieren, die also eine negative Handelsbilanz zu China aufweisen. Länder wie Deutschland und die Schweiz haben hingegen eine fast ausgeglichene Handelsbilanz mit dem Reich der Mitte. Beide Länder haben sich bereits seit langem in Branchen spezialisiert, die Güter herstellen, die in China gefragt sind. Viele US-Firmen haben lange nur den Heimmarkt beliefert - und gerieten in



Wendet Donald Trump Strafzölle systematisch an, würde dies alle Handelsabkommen verletzen.

Schwierigkeiten, als sie zunehmend der internationalen Konkurrenz ausgesetzt waren.

Trump droht Ländern, die im Handel mit den USA Überschüsse erzielen, mit Strafzöllen und Verhandlungen. Kann er eine Wirtschaftspolitik nach solch kruden Grundsätzen führen?

Systematisch angewendet, würde dies alle bestehenden Handelsabkommen verletzen. Aber es besteht die Möglichkeit, Abkommen aufzukündigen - und sich aus dem internationalen Handelssystem abzukoppeln. Eine solche Politik würde nicht nur China, sondern auch Länder wie Deutschland oder die Schweiz treffen.

Ist dieses Szenario plausibel?

Vor ein paar Wochen hat die University of

Chicago eine grosse Umfrage zu diesem Thema unter den führenden Ökonomen in den USA durchgeführt. Sie haben sich mit einer ungewöhnlichen Einstimmigkeit dafür ausgesprochen, dass das Erheben von Strafzöllen auf einer breiten Produktpalette der US-Wirtschaft schaden würde. Kein seriöser Wirtschaftsberater würde der Regierung eine solche Politik empfehlen. Zudem ist davon auszugehen, dass der Kongress sich gegen zu extreme Pläne der Regierung stellen wird. Allerdings hat Trump «America first» in seiner Kampagne stark betont - und besitzt als Präsident die Kompetenzen, Zölle zu erheben - ohne die Zustimmung des Kongresses.



Wirtschaftspolitik Freihandel in Gefahr

Die Freiheitsstatue wacht über den Hafen in New York, doch der freie Handel gerät zunehmend unter Beschuss. China hat letztes Jahr im Handel mit den

USA einen Überschuss von 366 Mrd. \$ erzielt, in den Vorjahren war das Plus ähnlich hoch. Donald Trump will die Importe mit Strafzöllen bis 45% belasten

und so die Nachfrage nach China-Waren bremsen. Er verschweigt aber, dass die USA mehr Dienstleistungen (z. B. Hollywood-Filme) nach China

verkaufen als umgekehrt. Zudem investieren die Chinesen ihre Überschüsse in US-Immobilien (110 Mrd. \$ von 2010 bis 2015) und US-Staatsanleihen.